



PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE POSTMASTER A. E. DUNBAR, POSTMASTER-GENERAL

Wilson wirft Premiers Knüttel zwischen Beine

Will nicht dulden, daß die adriatische Frage über den Kopf der Ver. Staaten hinaus erledigt wird; seine Drohung.

Französische Presse greift ihn dieserhalb an.

New York, 16. Febr.—Unter dem Namen des Wilson'schen Plan festgehalten, hat die amerikanische Regierung sich gegenwärtig hier befähigt, die Ver. Staaten Regierung mit dem Uebereinkommen zwischen Frankreich und England über die adriatische Frage nicht einverstanden zu sein. "Es ist eine bekannte Tatsache", sagte er, "daß unsere Regierung mit dem Vorschlag Frankreichs und Englands nicht übereinstimmt. Der Inhalt der vom Präsidenten abgeordneten Note aber ist mir nicht bekannt, weil ich mich zur Zeit auf diese Angelegenheit nicht einlassen darf."

Wilson läßt sich nicht an den Wagen fahren. Paris, 16. Febr.—Dem Temps zufolge hat der amerikanische Botschafter Wallace dem französischen Ministerium des Aeußeren ein Memorandum übergeben, in welchem Präsident Wilson sagt, er könne sich mit der Art und Weise, wie Premier Millerand die adriatische Frage beizulegen wünsche, nicht einverstanden erklären. Die Zeitung sagt, daß eine Note des Wilson'schen Botschafter Wallace dem französischen Ministerium des Aeußeren übergeben worden sei. Der Temps will ferner wissen, daß die Ver. Staaten unmöglich an den Verhandlungen der Friedenskonferenz teilnehmen können, falls die Alliierten die adriatische Frage aus dem Wege räumen wollen, ohne die Ver. Staaten zu Rate zu ziehen.

Die amerikanische diplomatische Kreis in London sind über Wilson's Note an den Botschafter-Mat sehr bestürzt. Präsident Wilson tadelt in dem Memorandum den Plan Lloyd George's; besonders ungehalten ist er darüber, daß Lloyd George die Jugo-Slawen vor die Alternative stellt, entweder auf den von dem Obersten Rat gemachten Vorschlag einzugehen, oder der Londoner Vertrag werde zur Durchführung gelangen. Herr Wilson will es ferner verstanden haben, daß, sollten die Alliierten über den Kopf der Ver. Staaten hinaus die adriatische Frage zur Erledigung bringen, die Letzteren sich nicht weiter um europäische Angelegenheiten kümmern würden. Die Premier haben sich sofort mit diesem Memorandum des Präsidenten beschäftigt und werden sobald wie möglich eine Antwort nach Washington absenden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die endgültige Beilegung der adriatischen Streitfrage in weite Ferne gerückt ist.

Wilson'sche Presse empört. Paris, 16. Febr.—Die französische Presse ist über das Verhalten des Präsidenten Wilson, der erklärt hat, daß falls die Alliierten die adriatische Frage beilegen, ohne die Ver. Staaten zuziehen, empört. In besonders erbitterter Weise wird der Präsident von der Zeitung "La Liberté" angegriffen, indem sie erklärt, daß Wilson von seiner stolzen Forderung im Weissen Hause aus wieder den Versuch macht, Angelegenheiten auf dem Kontinent zu leiten, von welchen er nichts versteht. "Die Zeitung sagt, die Note wurde dem Obersten Rat von Botschafter Wallace übermitteln und daß dieselbe befragt, die Ver. Staaten würden weder den Vertrag in London noch den Vorschlag anerkennen, der den Jugo-Slawen von dem Rat der Premier zur Annahme unterbreitet worden ist.

Dieser Mensch, dem im eigenen Lande apokryphen wird", sagt "La Liberté", "verhütet wiederum, den europäischen Mächten einen Stein in den Weg zu legen. Nachdem er Staatssekretär Lansing in brutaler Weise entlassen hat, verübt er wieder sich in Staats-Affären Europas einzumischen, von welchen er nichts versteht."

Von der jugo-slavischen Regierung heißt es, daß sie weder den Londoner Vertrag noch das Uebereinkommen der Premier's anerkennen werden. Nachrichten aus Belgrad, die nach London gelangt sind, bekunden, die jugo-slavische Regierung ist entschlossen, nicht nachzugeben und

Senat will Aufschluß über Schiffs-Abkommen

Kongreßmann Jefferis verdammt den Vertrag über die britischen Schiffe an England.

Washington, 16. Febr.—Eine am Samstag angenommene Senatsresolution erjudt den Präsidenten im Ausnahmefalle, welches Uebereinkommen er mit den britischen Autoritäten über den Verbleib der deutschen Schiffe getroffen habe, die sich in den Händen des Schiffsverkehrs befinden. Die Resolution wurde von Senator Brandegee, Conn., eingebracht, der aus zuverlässiger Quelle von der Existenz eines solchen Uebereinkommens erfahren hat, und wurde vom Senat fast ohne Debatte angenommen. Die Resolution fordert den Präsidenten auf, den Senat darüber zu unterrichten, ob und gegebenen Falls welche ein Uebereinkommen oder Einverständnis zwischen ihm und dem Briten, falls der Präsident oder der Schiffsverkehrs-Ausschuß die Schiffe verkaufen sollte, die der Verkauf an Amerikaner geschehen, unter der Bedingung, daß die Schiffe die amerikanische Flagge führen, sein vorheriger Ansehen, sagt Jefferis, "samt mit gutem Gewissen Großbritannien zu einem Monopol des Welt-Handelsverkehrs berechnen. Falls die Freiheit der Meere für Amerika wichtig genug war das Leben seiner Söhne und Millionen in Geld daran zu setzen, sollten wir sicherlich die Meere für den Handel mittels unserer eigenen Handelsflotte ansuchen. Der Verkauf dieser Schiffe an England zu zwei Dritteln ihres Wertes kann die Demoralisierung unserer Handelsflotte nur fördern. Die Ver. Staaten sind finanziell besser imstande, die Schiffe zu kaufen, als Großbritannien."

Das "Journal des Debats" glaubt, daß infolge der Enthüllung Wilson's der Staatssekretär Lansing's vollständig berechtigt gewesen ist, das Kabinett zusammenzuberufen, um wichtige politische Fragen zu erörtern.

"Intransigant" schreibt: "Wilson ist wieder auf der Szene erschienen, indem er in schroffer und brutaler Weise den Staatssekretär Lansing entließ." Die Zeitung aber sieht einen Hoffnungsstrahl in Unterstaatssekretär Kell, der ein "starker Verteidiger französischer Interessen" ist.

Ueber die Drohung des Präsidenten, mit europäischer Angelegenheiten nichts mehr zu tun haben zu wollen, falls der Standpunkt der Ver. Staaten in der adriatischen Frage nicht waagnommen wird, gehen die Meinungen auseinander. Das "Journal des Debats" glaubt, Wilson's Stellungnahme sei ein Schritt in der rechten Richtung. "La Presse" hingegen bemerkt, daß "in dem Augenblick, wenn das adriatische Problem der Lösung nahe ist, der Präsident Alles über den Haufen werfen will, indem er droht, sich mit europäischen Fragen nicht weiter zu befassen."

"Intransigant" sagt zurückhaltend, angesichts der Tatsache, daß die Ver. Staaten ungeheure Mengen Franken, Pfund Sterling und vice kontrollieren, die Alliierten sich wohl halten werden, den Donner des Jorns über sich ergehen zu lassen."

Ex-Kaiser Karl sucht Ungarn zu gewinnen

Budapest, 16. Febr.—Zahlreiche Einzelheiten einer Verhandlung kamen aus Karpaten, nach denen Ex-Kaiser Karl einen vereitelten Versuch unternahm, unter einem falschen Namen in Ungarn Einfluß zu suchen, um den ungarischen Thron zu bestreiten. Nach Dokumenten im Besitz der Regierung sollte er von drei Vertrauten unter dem Namen Major Kovacs eingeschmuggelt werden und in Budapest seine Ankunft in der Erwartung ver kündigen, daß ihm keine früheren Unterthanen zufallen würden.

Polen ist willens Frieden zu schließen

Warschau, 12. Febr. (Verstätt.) Der Premier Misliki hat den Vertretern der sozialistischen und Arbeiterparteien, welche ihm und General Sikhschinski am Mittwoch ihre Ansichten über den Frieden unterbreiteten, mitgeteilt, daß die Regierung das letzte Angebot der Sowjetregierung ernstlich in Erwägung ziehe, und daß Polens Wunsch nach Frieden aufrichtig sei. Sollten die Vorkämpfer von derselben Aufrichtigkeit besetzt sein, so wäre der Frieden bald zu erwarten. Polens Antwort könne jedoch nicht vor März abgegeben werden. Da die Alliierten in verschiedenen Punkten befragt werden müßten, die Sozialisten und Arbeiter bestanden auf eine sofortige Eröffnung der Friedensverhandlungen. Während der Verhandlungen droht die Kohlenbergleute mit allgemeinem Ausstand, falls die Aufnahme der Verhandlungen verzögert würde.

Soviet Armeen an der polnischen Grenze.

Warschau, 16. Febr.—Eine gewaltige Anhäufung bolschewistischer Truppen wird von drei Punkten an der russischen Grenze berichtet, und die Nachrichten über die Bewegung dieser Truppen überschatten die Friedensgerichte, namentlich in militärischen Kreisen.

Eisenbahn-Streik wird aufgeschoben

General-Konferenz aller Verbände auf den 23. Febr. nach Washington einberufen.

Detroit, Mich., 16. Febr.—Der auf Dienstag anberaumte Streik der 300,000 Werkstätten- und Streckenarbeiter wurde vom Verbandspräsidenten Barker auf unbestimmte Zeit verschoben. Dies ist eine Folge des vom Präsidenten Wilson angebotenen Vorschlags, alle drohenden Maßnahmen bis nach der General-Konferenz der Eisenbahnverbände-Komiteen am 23. Febr. zu verzögern. Die Entschädigung Barker wird von den in Washington anwesenden Führern der Eisenbahner gebilligt, welche die Ansicht vertreten, daß die Werkstätten- und Streckenarbeiter sich nicht in eine Sonderstellung den anderen Verbänden gegenüber stellen und nichts vornehmen sollten, das den Ansichten einer Abhaltung des öffentlichen Interesses entgegenließe.

Washington, 16. Febr.—Die Lohnfrage der Eisenbahner wurde am Samstag einer General-Konferenz von Komitee der Eisenbahnverbände übertragen, welche am 23. Februar zusammentreten und endgültig entscheiden wird, ob die Forderung nach Lohnerhöhung weiter gegen die Regierung ausgeführt oder auf die binnen Kurzem wieder in der Kontrolle einzulegenden Preisbegrenzungen übertragen werden soll. Die Vertreter der 14 Verbände, die seit dem 3. Februar mit Generaldirektor Hines konferiert haben, sind vorläufig den Verlangen von Weissen Haus nach Annahme eines Tribunals zur Unterbrechung ihrer Ansprüche nachgegeben. Die Werkstätten- und Streckenarbeiter unterzeichneten das Schriftstück nicht, in welchem der Vorschlag des Präsidenten angenommen wurde, und der für den 17. Febr. angekündigte Streik wurde erst am Samstag abend verschoben, nachdem sich die Delegierten in Washington und der Präsident Wilson telegraphisch an Barker mit dem Ersuchen gewandt hatten, den Streik zurückzunehmen. Wilson erklärte in seinem Telegramm seine Ueberzeugung, daß die Verbände gegen ihre Mitglieder und gegen das Land Unrecht täten, wenn sie in einem streik beharrten, der ihren Bürgerpflichten direkt zuwiderlaufe.

Großbritanniens Handels-Bilanz

London, 14. Febr.—Die Handelsberichte für Januar zeigen, daß Großbritannien seine Einfuhr hauptsächlich aus den Ländern bezieht, die vom Kriege wenig gelitten haben und seine Ausfuhr in die Länder geht, die augenblicklich finanziell schwach gestellt sind. Die Handelsverhältnisse stellen sich für die wichtigsten Länder wie folgt dar:

Land	Einfuhr Pf.	Ausfuhr Pf.
Ver. Staaten	543,000,000	33,000,000
Australien	11,000,000	26,000,000
Neu-Seeland	52,000,000	9,000,000
Kanada	150,000,000	16,000,000
Frankreich	48,000,000	147,000,000
Italien	14,000,000	27,000,000
Belgien	9,000,000	48,000,000
Deutschland	993,000	14,000,000
Rumänien	2,000	5,000,000

Kohlen-Barone beschwerten sich

Washington, 16. Febr.—Die Kommission zur Beilegung des Kohlenstreiks hat ein Spezialkomitee ernannt, welches die Beschwerden der Kohlenbesitzer der zentralen Kohlenbezirke über den kritischen Zustand der Kohlenindustrie untersuchen soll. Die Eingabe der Kohlenbarone erklärte, daß die Lohnerhöhung von 14 Prozent ohne einen dementsprechenden Aufschlag auf den Kohlenpreisen viele Schaden zur Betriebsunterbreitung zwingen würde.

Macht Wirtschaft zur Wohnung.

New York, 16. Febr.—Die Bundesgerichte werden zu entscheiden haben, ob jemand seine Wirtschaft zu seiner Wohnung machen kann. J. S. Brede von Brooklyn brachte kein Eintritt der Prohibition ein.

Oberster Rat hält am Ultimatum fest

Beantwortet die Note des Präsidenten Wilson dahin, daß Jugo-Slawia den Bestimmungen der Premier's entsprechen muß.

Verweisen auf Italien's Opfer an Gut und Blut.

Paris, 16. Feb.—Es verläutelt heute, daß die Antwort Frankreichs und Englands auf die Note des Präsidenten, laut welcher sich die Ver. Staaten nicht weiter um europäische Angelegenheiten kümmern würden, falls die Alliierten darauf bestehen, daß die adriatische Streitfrage ohne Amerikas Zustimmung beigelegt werde, erklärt; Großbritannien und Frankreich fühlten sich veranlaßt, die Ultimatumbedingungen, die Jugo-Slawia am 20. Januar zugeworfen sind, auszuführen.

Entweder muß Jugo-Slawia die von Großbritannien und Frankreich offerierte Lösung der Frage annehmen, oder beide Länder werden Italien bei Ausföhrung des Londoner Vertrages unterstützen.

In der Antwort werden die von Wilson gegen Italien erhobenen Beschuldigungen in Abrede gestellt; dabei wird hervorgehoben, wie in Italien in den Krieg eintrat und wie große Opfer es an Gut und Blut gebracht hat.

Aus anderen Quellen verläutelt, daß die Premier's Lloyd George und Millerand ihren Entschluß, auf dem Ultimatum zu beharren, nicht aufgeben werden.

Die gegenwärtige Krise, die durch Wilson's Note geschaffen worden ist, folgte einer langen Kontroverse über die Beilegung der adriatischen Streitfrage zwischen Jugo-Slawia und Italien.

Als Italien auf Seiten der Alliierten in den Krieg eintrat, wurden die italienischen Regierung weitgehende Versprechungen auf Gebietserweiterungen am Adriatischen Meer gemacht. Auf der Friedenskonferenz aber bestand Präsident Wilson darauf, daß die Ver. Staaten dieses geheime Abkommen nicht anerkennen könnten und neigte sich auf Seiten Jugo-Slawias, diesem weitgehend Zugeständnisse an der Adria zu machen. Italien war über das Eingreifen des Präsidenten im höchsten Grade erbittert, und auf der kürzlich gehaltenen Konferenz der drei Premier's kam man zu einem Kompromiß, wonach Belgrad in Kenntnis gesetzt wurde, die Jugo-Slawen lehnten diesen Kompromiß ab und nahmen eine herausfordernde Haltung ein. Die Jugo-Slawen zeigten sich in ihrer Antwort auf das Ultimatum erbötig, fümme als Preis für die von Großbritannien und Frankreich offerierte Lösung der Frage annehmen, oder beide Länder werden Italien bei Ausföhrung des Londoner Vertrages unterstützen.

Die Antwort werden die von Wilson gegen Italien erhobenen Beschuldigungen in Abrede gestellt; dabei wird hervorgehoben, wie in Italien in den Krieg eintrat und wie große Opfer es an Gut und Blut gebracht hat.

Aus anderen Quellen verläutelt, daß die Premier's Lloyd George und Millerand ihren Entschluß, auf dem Ultimatum zu beharren, nicht aufgeben werden.

Deutsch-amerikanischer Handel im Steigen

Washington, D. C., 16. Febr.—Obgleich auf dem Papier die Ver. Staaten und Deutschland noch auf dem Kriegsfuß stehen, behält sich der Handel zwischen beiden Ländern wieder mit großer Schnelligkeit und hat auf einem Gebiet wenigstens die vor dem Ausbruch des Krieges erreichte Höhe überschritten. Die Einfuhr imberalter Porzellanwaren betrug vor dem Kriege jährlich etwa \$500,000. Während des Krieges rissen Japan und Frankreich den deutschen Handel an sich, aber seit dem Waffenstillstand hat Deutschland mit riesigen Schritten das verlorene Gebiet zurück erobert. Im Jahre 1919 importierten die Vereinigten Staaten Porzellanwaren zum Werte von \$671,756, also über 30 Prozent mehr als vor dem Kriege. Von Japan wurden für \$1,827,435 und von Frankreich für \$731,036 eingeführt. In der ersten elf Monaten von 1919 führten die Vereinigten Staaten Waren im Werte von \$75,464,237 nach Deutschland aus, während die deutsche Einfuhr für den gleichen Zeitraum \$8,143,706 betrug. Fast ein Drittel der gesamten Ein- und Ausfuhr wurde im November bewältigt, als der Total-Handel mit Deutschland auf \$26,000,000 stieg.

Miszwirtschaft der Jucker-Verwaltung

Washington, 16. Febr.—Daß durch große Miszwirtschaft in der Zuckerverwaltung die Unterhaltskosten für das verlossene Jahr um \$700,000,000 bis \$900,000,000,000 angewachsen seien, wurde von dem republikanischen Abgeordneten Latham, Massachusetts, in einer Rede behauptet, durch die er seinen Antrag, das Zuckerdepartement einer Untersuchung durch das Haus zu unterwerfen, begründete.

Diese erhöhten Unkosten sind von dem schändlichsten und schamlosesten Profiteur begleitet worden, den dieses Zeitalter ausbeutender Verdrückung kennt, sagte er. "Das Verhalten des Generalanwalts in seinem unentschuldigbaren Vorgehen in der Preisfestsetzungsfrage sollte sofort unterucht werden. Keuffer's Unfähigkeit, Unfähigkeit und verbrecherische Außerachtlassung der Interessen des Volkes durch die gegenwärtige Administration" sind einige der von Latham vorgebrachten Anklagen.

Churchill greift Arbeiterschaft an

Dunee, Schottland, 16. Febr.—Der Kriegssekretär Winston Spencer Churchill erklärte in einer an seine Wähler gehaltenen Rede, daß die Arbeiterschaft zur Regierung der Nation unfähig sei. Dadurch wiederholte er eine schon früher gemachte Behauptung, welche seiner Zeit ein ungeheures Aufsehen in der Presse und einen Sturm des Unwillens unter den Arbeitern erregte.